

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Die unerwartet eingetragene Wamstriede über- nimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verleger: Hermann Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Das höhere Niveau.

Als Herr v. Bethmann in seiner Eigenschaft als preussischer Minister des Inneren zum ersten Mal im Parlament sprach, sagte gar mancher: „Wie Wilow. Aber auf einem höheren Niveau.“ Auch dieser neue Mann zitterte viel, aber Philosophen und Naturforscher. Sein Chef bevorzugte die scharf pointierte Anekdote, er warf sich auf oratorischen Tiefen ein. Er ließ dem Führen das leicht beschwingte Abergewicht und löste den gewichtigen Weisheitsreden wider. Zimmerlin war der Enkel, den Wilows Schicksal auf den Redner Bethmann ausübte, unverkennbar. Schauernd sah diejenige Konvention, deren Ideal die allgemeine Gütergüterbildung ist, zwei „Geistlichen“ als Mitglieder einer hohen künftigen Staatsregierung.

Wilow liegt in den Orkus und Bethmann in den Ohmp. Und nun, auf höherem Niveau, gelang es dem Schüler bald, den Meister zu überwinden. (Wohi freilich nicht vergessen werden darf, daß der bewußte Gegenstand der Kritik, um jeden Preis anders zu sein, immer noch eine Abhängigkeit bedeutet.) Er schuf sich den Stil der feinsten Sprache. Als laienmännlicher Nachklang lieh das Bild gestaltet nach den Ikonen der Geisteswelt die züchtig gezeichnete Hanna Bethmann. Der Redner Bethmann legte gleichsam ein Wackelgebäude ab und nun wackelt er nur noch durch die Luft. Er imponiert durch die Geistesart, die er sich abringt. Dichter und Philosophen sind verbannt, denn Wilows Spuren sprechen. Wilow war gefällig; sein Nachfolger macht es sich zur Ehrenfache, nur ja nicht etwa in einem unbewachten Moment eine Gefährlichkeit zu begehen. Wilow förmerte mit den Parteien und der Presse; Bethmann läßt es sich an- gelegen sein, sie vor den Kopf zu stoßen. Die Konventionen, die er nimmt, er aus, dem Willen ein Gato macht biswerten Kotau.

Kurz war Wilow Bistum, so ist er Grant. Niemand zu Liebe, niemand zu Weide. — „Denken Sie, daß ich mich zum Spatz hier herstelle!“ — „Ich lehne es ab, auf die Ausführungen des Vorredners einzugehen. Strammie Tonart; gar zu brav, gar zu verständig.“ — „Wie Kessing Franziska sagte. Alles in Folge einer optischen Täuschung.“ Der Kanzler verweist seine Dragoonierkette mit den Kärntnerfingern des Fürsten Bismarck. Das ist verehrlich; er ist eben zu schnell avanciert. Und außerdem sagt er sich: „Ich darf doch nicht vergessen, daß ich zu diesen unblamierten Zeiten von einem höheren Niveau spreche. Sie müssen sich schämen, werden, das will die deutsche Volksgemeinschaft.“ Der Kanzler verweist wiederholt seine Dragoonierkette mit den Kärntnerfingern des Fürsten Bismarck. Das ist verehrlich; er ist eben zu schnell avanciert. Und außerdem sagt er sich: „Ich darf doch nicht vergessen, daß ich zu diesen unblamierten Zeiten von einem höheren Niveau spreche. Sie müssen sich schämen, werden, das will die deutsche Volksgemeinschaft.“

„Doch wie sind abgeschrieben, wie der Kanzler sagen würde. Wir sprechen von dem höheren Niveau. Das das Amt, die staatliche Würde gibt. Nur aus diesen Empfinden heraus kann sich der Kanzler erlauben, Parteien und Institutionen des Reiches zu foramen und kritisieren, wie er es in seiner Wahlkreisrede betreibt hat. Was er über den Reichstag und das Reichswahlrecht sagte, war, um das Vokabularium der Staatsverhältnisse zu veran, „deklarativ“. Und man fragt sich ganz verständig, wie die Festsetzung, die zu einer zu höheren Niveau berechtigt, was man sich endlich beschafft, daß ja der Redner von höherem Niveau des Regierungstages aus gesprochen hat. Bei uns geriert sich jede Einzelne als Praeceptor Germaniae und schwingt den Stab über den unwilligen Staatsbürger.“

Dem Herrn v. Bethmann gibt sein hohes ethisch-politisches Ideal den Recht zu preisen. Er will das ganze deutsche Volk herankommen, wie ein Abkommen eines Leitbibliothek-Unternehmens, „herauslesen“. Es handelt sich um eine „Reinigung“, um ein gewaltiges Ereignis! Wer sich angesichts dieser Wahlreform nicht „gehoben“ fühlt, dem ist nicht zu helfen. Das letzte, leuchtende Ziel ist, daß alle Deutschen in der ersten Klasse wählen. Nur bedauern wir, daß Herr v. Bethmann nicht alle Konventionen seines Gedankens gezogen hat. Im nämlich die politische Fähigkeit des Wählers in jedem Augenblick seines Erdendwankens haarfarrig zu erwiesen, müssen in möglichst kurzen Zeiträumen immer neue Bestimmungen stattfinden. Der Staatsbürger muß mindestens ebensoviel Bestimmungen befehlen, wie es Warten des Meines Adoranden gibt. Außerdem aber muß eine Bestimmung geschaffen werden, die über die Staatsgewalt jedes einzelnen Wählers Buch führt. Die Aussicht über diese neue Organisation konnte einem verdienten und zuverlässigen Mann überwiegen werden — wie wäre es mit Herrn v. Oldenburg? — dem der Titel eines Großprinzen bezulegen wäre. Schon der Gedanke, welche ein Herr von Kontrollbeamten geschaffen werden müßte, wirkt auf jedes unbedorbene Gemüt geradezu beruhigend. Dann könnte jeder Preusse mit Frau das Götterwort wiederholen: „Wir Menschen werden wunderbar gepreßt, und nur nebenbei ist erwünscht, daß auch für die auswärtige Politik aus den vorbezeichneten Anregungen des Herrn v. Bethmann neue Hoffnungen sprechen: ein Schuß und Trubidum mit China kann bei der Kongress der Nationalitäten Doktrinen nicht unterbreiten sein. Aber vornehm! Wir versagen ja auch, daß das Reich die Mitte sich auf den abhöflichen Weg der Reformen begeben will. Magde den Preussisch-Deutschland in Europa „das Reich der Mitte“ bleiben, und bereinigt auch die Volksgemeinschaft, zu dem dummerden, patriotischen Ruf: „Vive la chmoiserie!“

Worin.

* Der Präsident des Reichstages Graf Stolberg-Wernigerode ist, wie wir im Morgenblatt angeführt, heute früh in die Kiste des Geheimrats Hofe überführt worden. Es hat sich als notwendig herausgestellt, eine Pankration an ihm vorzunehmen. Diese Operation ist auch bereits heute vormittag erfolgt und hat dem Patienten eine außerordentliche Besserung gebracht.

Herrn v. Bethmann Hollwegs Verteidigungsrede.

Die Interpellation über die Kanzlerrede.

Im Reichstagsplatz herrscht, deutlich erkennbar, eine erregte Stimmung. Der Saal selbst freilich ist, zu Anfang wenigstens, nur halb gefüllt. Um 10 Uhr sind die Bänke des Bundesrats besetzt, wo sich namentlich die Vertreter der Einzelstaaten und besonders ein Siebzehner gegeben zu haben scheinen. Mit dem Reichstagspräsidenten v. Bethmann Hollweg sind auf der anderen Seite drüben die Staatssekretäre v. Althoff, Raacke, Derenburg, Wernuth und Freiherr v. Schoen erschienen, in der Hofloge Prinz Friedrich Wilhelm. Die Begründung der Interpellation durch den Abgeordneten Dr. Frank ist verhältnismäßig ruhig. Um so hitzigeren Widerspruch erregt die Gesandtschaftsrede Dr. Spahn's, der gleich zu Anfang gegen den Redner einschreitet, als dieser, sein hypothetisch, Kaiser und Reichstag einander gegenübergestellt hat. Mit „mangelhafter“ Empfänglichkeit, wie der Abgeordnete Frank erwidert, verbiest Herr Spahn auch nur die Erwähnung des Kaisers, nicht etwa der Person, sondern selbst der Institution!

Die sozialdemokratische Wortführer erimert zu Beginn noch einmal an die Bedeutung, die die Würde des Hauses durch Herrn v. Oldenburg erhalten. Wenn einmal der berühmte Leutnant mit seinem jetzt Mann den Reichstag wirklich schiese, dann könne die theoretische Rechtfertigung dieses Grundes nicht anders ausfallen als jene Rede des Herrn v. Bethmann Hollweg im preussischen Abgeordnetenhause. Den „abgetragenen Mantel des Philosophen“ (si tacuisses, philosophus mansisses) hätte Herr v. Bethmann nicht so schnell ablegen sollen; das sei ja der einzige mildere Umstand gewesen. Dabei hat Herr v. Bethmann Hollweg ja doch nicht das „historische Forum“, um seine theoretische Abweisung gegen das Reichswahlrecht in die Praxis zu übertragen. Der Reichstagspräsident hat sich nicht gegen die Angehörigen wenden, die an den Häfen ihres Wissens aufschuldig sind, sondern gegen die „Anleitung“ selbst. Der Redner geht dann auf die Straßendemonstrationen ein; die Gasse, die dabei hier und da vorgekommen, seien nicht auf die Rednerzeit, sondern auf die provokatorische Haltung der Polizei zurückzuführen.

Die Rede hört die Rede mit gemachter Luhrhe an, begleitet sie mit wiederholtem Ohngelächter und bricht beim Schluß in die Note: „Auf die Karikaturen! und in die im Abgeordnetenhause vorzuhändigen Plurimale und in Preisen aus. Dann erhebt sich Herr v. Bethmann Hollweg zur Erwiderung.“

Des Reichstagspräsidenten Verteidigung
 Ist äußerst schwach. Auch Herr v. Bethmann Hollweg zeigt eine gewisse Erregung, legt ihr aber, ebenso sichtlich, Zaum und Fiegel an. Der Reichstagspräsident nimmt für sich das selbstverständliche Recht in Anspruch, seine Redegegenstände auszusprechen, und will — in Worten, die gewandt haben. Es sei doch aber auch eine unerschütterliche Tatsache, daß jede demokratische Entwicklung zwar die Volksgemeinschaft, aber zugleich das Niveau erniedrige. Das Reichswahlrecht angestastet, auch nur eine Abstrich in dieser Richtung angedeutet zu haben, vertritt der Kanzler auf sich einzuheben. Das Reichswahlrecht werde vielmehr von der Sozialdemokratie bestritten, die ja die Vererblichkeit des Wahlalters und das Stimmrecht für die Frauen fordere. Ueber die preussische Wahlrechtsvorlage an dieser Stelle zu diskutieren, lehnt Herr v. Bethmann ab, und im Ubrigen trachtet er sich damit, daß er nun das Schicksal des Fürsten Wilow treue, der ähnlich angegriffen worden sei, als er erklärte, daß es nicht den Interessen des Bundes entspreche, das Reichswahlrecht auf Preußen zu übertragen.

Für die Begründung der Interpellation, die nun beschloffen wird, ergeben sich die Punkte, die Nationalliberalen und das Zentrum, die beiden konservativen Parteien stimmen selbst gegen eine Diskussion.

Der erste Redner aus dem Hause ist der Zentrumsführer Abgeordneter Gröber. Auch er macht aus seinen lebhaften

Bedenken gegen die Kanzlerrede

sein Herz. Jede Herr v. Bethmann Hollweg das wichtigste Bedenken aus durch seine heutige Erklärung, daß die verbundenen Regierungen nicht daran denken, an dem Reichswahlrecht zu rütteln, aus dem Wege geräumt, so bleibe doch noch genug übrig. Herr Gröber befaßt sich scharf des Kanzlers Urteil über den Parlamentarismus, fragt, ob nicht der Kanzler und vielmehr von der Sozialdemokratie selbst fände seien an der Annahme des parlamentarischen Interesses, und findet, daß das Wort, daß ein demokratisches Wahlrecht zur Verfassung des politischen Sinnes beitrage, weit über das politische Maß der Kritik hinausgegangen sei. Natürlich läßt Herr Gröber die Gelegenheit nicht vorbegehen, ohne auch dem Fürsten Wilow noch einiges an Zeug zu liefern. Andererseits betont er aber auch an dieser Stelle, daß das Zentrum für Preußen das Reichswahlrecht verleihe. Es kann auf die Dauer in grundsätzlichen Fragen nicht zweierlei Politik in Preußen und in Reich geübt werden.

Hier setzt der Redner der Konservativen, der Abg. Dietrich, ein. Er erklärt, solche Ideen wie die des Zentrums müßten zu einer

Medialisierung Preußens durch das Reich

führen. Wenn man solcher Meinung sei, so konnte man sich höchstens „auf einem mittleren Stie“ finden. Herr Dietrich meint, seine Partei habe aus der Kanzlerrede die Mafst herausgehoben, das Reichswahlrecht angestastet, und seine Partei habe selbst eine solche Mafst. Auch die Konservativen hielten an dem allgemeinen, gleichem und breitem Wahlrecht fest, „geherrn“ hat Herr Dietrich in der Hitze des Gefühls doch wohl nur verstanden!

Der Abgeordnete Wasserman beginnt mit einer Polemik gegen die Sozialdemokraten, deren Interpellation offenbar nur Agitationszwecke dienen solle. Aber auch die National-

liberalen erwidern in der Kanzlerrede vom 10. Februar zum mindesten eine

Indirekte Kritik des Reichstagswahlrechts.

die doch zu vielfachen „Mißverständnissen“ Anlaß gegeben hat. Herr Wasserman verteidigt dann die Haltung seiner preussischen Parteifreunde zur Wahlrechtsvorlage und schließt sich ihm an. Der Kritik des Kanzlers an dem „demokratischen“ Wahlrecht stellt er die Leistung eines aus diesem Wahlrecht hervorgegangenen Parlaments, des Reichstags, gegenüber.

Der Redner der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft Abgeordneter Dr. Wiemer mißbilligt die Einbringung der Interpellation. Die Befragung hätte auch noch beim Etat des Reichstags erfolgen können; wenn folgere Miß sich einbürgerte, würden nur die parlamentarischen Geschäfte gehindert. In der Sache selbst behauptet natürlich auch Dr. Wiemer die Rede vom 10. Februar ex. An dieser Behauptung, ebenso wenig wie an den Bedenken und Befürchtungen, die sich an die Rede geknüpft, habe leider auch

Die heutige Rede des Herrn v. Bethmann Hollweg nichts geändert.

Der Kanzler habe damals aus seiner Abneigung gegen das Reichswahlrecht kein Wort gemacht. Bestimmte Absichten vermale man ja immer erst, wenn die Vorlage fertig sei. Der Redner bringt die Neuerung des Kanzlers in Zusammenhang mit den Erklärungen und Drohungen des Grafen Werbach, des Herrn v. Jeditz, des früheren Staatssekretärs v. Podbielski, mit denen sich Herr v. Bethmann Hollweg förmlich identifiziert hat. Als verantwortlichen Staatsmann habe Herr v. Bethmann Hollweg Einrichtungen des Staates und des Reiches zu verteidigen, nicht anzuzweifeln. Der aber: er müsse in Amt niederlegen!

Auch während der Debatte zeigte sich übrigens, wie geringes Interesse die Rechte der Befragung dieser doch wahrlich nicht unbedeutenden Materie entgegenbringt. Bei den Reden der Abg. Wasserman und Wiemer war der Saal fast leer und auf der ganzen Bank vorüber überhört nur — Herr v. Oldenburg und drei oder vier andere Herren zuzufühligen.

In den Wankelgängen des Reichstags wurde heute ein merkwürdiger Vorfall beobachtet, der in der Zeit für die Republik gewisse Kreise außerordentlich charakteristisch erscheint: in einem gewissen „Geheimkabinett“ auf der rechten Seite des Hauses hat heute vormittag ein konservativer Abgeordneter einen in fünf Käufern scharf geladenen Revolver verloren!

40. Sitzung vom 19. Februar.

Am Ende des Bundesrats v. Bethmann Hollweg, Freiherr v. Schoen, v. Althoff, Dietrich, Derenburg, Graf Werbach und die Vertreter der anderen Bundesstaaten, Graf Werbach und Graf Werbach sind sehr hart befeht.

Geopffredt von Spanien eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die sozialdemokratische Kanzlerinterpellation.

Die Interpellation lautet: „Wohin hat der Reichstagspräsident veranlaßt, in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhouses vom 10. Februar d. J. Resolutionen zu machen, welche das in der Verfassung des Reiches und mehrere Bundesstaaten garantierte allgemeine und gleiche Wahlrecht herabzusetzen und zu beschneiden geeignet sind?“

Auf die Frage des Reichstagspräsidenten Dr. Spahn erklärt Reichstagspräsident v. Bethmann Hollweg: Ich bin bereit, die Interpellation möglichst zu beantworten.

Abg. Dr. Frank-Mannheim:

Es sind erst wenige Reden verlesen, seitdem von konservativer Seite die Würde dieses Hauses schwer verletzt worden ist. Es hat damals ein Abgeordneter, angeblich um ein Beispiel äußerer Disziplin zu geben, selbst ein Beispiel äußerer Disziplinlosigkeit gegeben. (Sehr richtig! links.) Das hat die Erregung und Beunruhigung hervorgerufen und es wäre fühlbar gewesen, wenn dem gegenüber der Herr Reichstagspräsident die erste Gelegenheit benützt hätte, um öffentlich seinen Respekt vor dem Reichstag zu bekunden. (Sehr richtig! links.) Ich bin nun den hohen Seiten zu vernehmen, als wenn der hochgebildete Herr, der jene Seite nicht aufgefordert hat, um öffentlich angegriffen hat, was mangeltende Kreise denken und tun. Der Herr Präsident des preussischen Staats- und mehrerer Bundesstaaten garantierte allgemeine und gleiche Wahlrecht herabzusetzen und zu beschneiden geeignet sind?“

Die Reichsverfassung zu hüten und zu stärken

und zur Reichsverfassung gehören auch die Bestimmungen über das Wahlrecht zum deutschen Reichstag. Der Herr Reichstagspräsident aber auch die Verfassung, für gute Verfassungen zu sein, nicht preussischen Bundesstaaten zu zeigen und ein Teil der wichtigsten und größten Bundesstaaten hat in den letzten Jahren das vom Reichstagspräsident kritisierte Wahlrecht eingeführt. Der preussische Reichstag hat die Reichstagspräsident schon eröffnet (Recht! links) und umgekehrt hat der Reichstagspräsident das badischen Staatsministerium in der zweiten badischen Kammer Preußen schon als Ausland bezeichnet. (Recht! links.) Der Herr Reichstagspräsident hat offenbar das Recht nicht gefühlt, seine Rede zu kommentieren, vielmehr sie abzuwischen. Er hat es im Landvolk nicht verstanden. Er hat gemeint, man solle ihm nicht den etwas abgegriffenen Hut v. Podbielski ansetzen, um die Schützen lächerlich zu machen. (Recht! links.) Sie tacuisses, philosophus mansisses! (Recht! links.) Und es ist auch schade, wenn ich merkwürdige Redaktionen